



IMPULSPAPIER

DIGITALISIERUNG IN
BADEN-WÜRTTEMBERG

**Freie
Demokraten**
FDP

Inhaltsverzeichnis

I. Infrastruktur.....	4
II. Verwaltung und Justiz.....	5
III. Bildung.....	7
IV. Wirtschaft.....	8
V. Verkehr/Mobilität.....	9

Herausgeber | Impressum

FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3 | 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-918
Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp.de

ViSdP: Dr. Jan Havlik, Pressesprecher

Bilder: Titelbild: ©iStock.com/ipopba, ©iStock.com/monkeybusinessimages

Stand: 17.12.2018

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Digitalisierung in Baden-Württemberg – das ist jetzt zu tun

Wir stehen inmitten der vierten industriellen Revolution. Dabei ist die Digitalisierung anders, als vorherige gesellschaftliche Umbrüche. Das Tempo ist wesentlich höher. Und auch qualitativ stellt die Digitalisierung eine neue Größe dar: Während noch im Zuge der Automatisierung händische Arbeit maschinell erledigt werden konnte, sind Systeme der künstlichen Intelligenz heute in der Lage, durch selbstlernende Mechanismen den nächsten, völlig neuen Entwicklungsschritt eigenständig zu erreichen.

Wir Freie Demokraten haben ein positives Menschenbild. Wir denken vom einzelnen Menschen her und sehen seine Talente. Wir wollen Freiheitsräume eröffnen und Chancen schaffen, damit jede und jeder sein individuelles Lebensglück machen kann.

Deshalb ist für uns klar: Digitalisierung ist kein Selbstzweck und nicht Ziel an sich. Im Zentrum unseres Handelns steht nicht die Technik, sondern der Mensch. Für uns bieten digitale Lösungen die Chance, das Leben der Menschen einfacher und besser zu machen.

Aber wir sind nicht naiv: Die Digitalisierung bietet auch Spielraum für Missbrauch und Manipulation. Wir verstehen beispielsweise die Ängste und Sorgen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich ihres Arbeitsplatzes in einer digitalisierten Welt nicht mehr sicher sind. Das muss bei der politischen Gestaltung im Blick behalten werden.

Deshalb ist die Digitalisierung die zentrale politische Gestaltungsaufgabe unserer Zeit. Denn wie unsere Gesellschaft künftig aussehen wird, ist kein Zufallsprodukt. Gesellschaftliche Prozesse sind gestaltbar. Dazu braucht es Mut und neues Denken. Wir Freie Demokraten vermissen beides bei der grün-schwarzen Landesregierung.

Das Debakel um die Bildungsplattform „ella“, die verspätete Einführung der E-Akte, zu wenig Tempo beim Glasfaserausbau, unzureichende Ausstattung von Behörden mit digitaler Technik: Die grün-schwarze Bilanz im Bereich der Digitalisierung ist katastrophal!

Das kann sich Baden-Württemberg nicht länger leisten.

Denn für die Zukunft unseres Landes ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir die Digitalisierung ins Zentrum des politischen Handelns stellen und mehr Tempo sowie mehr Professionalität an den Tag legen.

Deshalb untermauern wir unsere zentrale Forderung: Wir brauchen jetzt ein eigenständiges Ministerium für Digitalisierung.

Wir werden der Digitalisierung nur gerecht, wenn wir den politischen Gestaltungsrahmen verändern und diesen wichtigen Zukunftsbereich in die klare Zuständigkeit eines Ministeriums legen. Ein Digitalisierungsministerium, wie wir Freie Demokraten es uns vorstellen, ist ein kompetentes Vernetzungsorgan mit klarer politischer Verantwortung.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Die Digitalisierung umfasst alle Lebensbereiche. In diesem Papier blicken wir besonders auf Infrastruktur, Verwaltung und Justiz, Bildung, Wirtschaft sowie Verkehr und Mobilität. Wir bieten konkrete, finanzierbare Vorschläge an, wie diese Schlüsselbereiche der Gesellschaft politisch gestaltet werden können. Für weitere, zentrale Politikfelder werden liberale Vorschläge folgen.

Beginnen wir bei der Grundvoraussetzung: dem infrastrukturellen Zugang zum digitalen Nervensystem.

I. Infrastruktur

Die grün-schwarze Landesregierung betont die Bedeutung von schnellem Internet und das Ziel, im nächsten Jahr eine Gigabit-Gesellschaft zu erreichen. Angesichts der Forderung der Europäischen Union nach flächendeckendem 5G-Highspeed-Anschluss ist das nicht die Zukunftsorientierung eines Innenministers, sondern schlicht erforderlicher Standard. Um digitale Potentiale dauerhaft zu nutzen, bedarf es mehr Tempo und größerer Anstrengungen, um den Rückstand im Vergleich zu anderen Industrieländern aufzuholen.

Wir fordern daher:

- Statt Bandbreitenziele ein klares Infrastrukturziel „Flächendeckendes Glasfasernetz“, also Glasfaser bis in jedes Gebäude. Im Gegensatz zu veralteten Kupfer-Technologien ist Glasfaser auch das Rückgrat für ein funktionierendes und flächendeckendes 5G-Netz.
- Eine stufenweise Anhebung der Aufgreifschwelle (derzeit 30 Mbit/s) z. B. in den Schritten 30, 50 und 100 Mbit/s dergestalt, dass nach dem Erreichen einer Vollversorgung mit einer Bandbreite die nächst höhere Aufgreifschwelle gilt.
- Eine Anpassung der Fördersätze und Förderquoten für Kommunen unter Berücksichtigung der allgemein stark gestiegenen Tiefbaukosten. So wird verhindert, dass Kommunen sich aufgrund gestiegener Kosten trotz Förderung kein eigenes Netz mehr leisten können.
- An dem Fördergrundsatz der Landesförderung festzuhalten, dass öffentliche Förderungen vorrangig in den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen fließen sollen und nicht wie beim Deckungslückenmodell der Bundesförderung in die Telekommunikationsunternehmen.
- Förderanträge zu entschlacken und entbürokratisieren. Sie müssen medienbruchfrei online beantragt, bearbeitet und bewilligt werden können.
- Eine Anpassung der Materialkonzepte des Landes an die des Bundes und eine generelle Überarbeitung der baden-württembergischen Förderkulisse so, dass die Gigabitförderung des Bundes mit der Landesförderung kompatibel wird.
- Konzepte für steuerliche Förderungs- oder Vouchermodelle (Gutscheine) zu erarbeiten, um

die Nachfrage nach Glasfaser-Hausanschlüssen anzukurbeln und den eigenwirtschaftlichen Ausbau der Telekommunikationsunternehmen zu fördern.

- Einen engagierten Einsatz der Privatwirtschaft, eine flächendeckende Netzabdeckung sicherzustellen. Überall wo dies aber wirtschaftlich nicht möglich ist, ist das Land in der Pflicht hier unterstützend durch eigene Förderung zu wirken.
- Für einen raschen Ausbau auch alternative Verlegemethoden wie Micro-Trenching oder auch andere Wege, wie über Oberleitungen, Kanäle usw. in Erwägung zu ziehen.
- Die Kommunen bei Kooperationsgesprächen mit Telekommunikationsnetzbetreibern z. B. in Form von Musterverträgen zu unterstützen.
- Einsatz der Landesregierung für vereinfachte Auflagen für die Auswahl und Genehmigung von Standorten für Mobilfunksendestationen.
- Eine Aufklärungskampagne über die Vorzüge eines Glasfaseranschlusses, um die Abnahmeraten zu erhöhen, und Aufklärungsarbeit über die Auswirkungen von Strahlung von Mobilfunkstationen, insbesondere bei 5G-Technologie

II. Verwaltung und Justiz

Die grün-schwarze Landesregierung will Vorreiter im Ausbau von eGovernment sein. Seit Beginn der Legislaturperiode ist unter der Verantwortung des Digitalisierungsministers Thomas Strobl aber viel zu wenig passiert. Beispielhaft dafür steht die verzögerte Einführung der E-Akte. Eigentlich sollten die Landesbehörden ab 2022 in der Lage sein, papierlos zu arbeiten. Jetzt wurde öffentlich, dass die E-Akte frühestens 2024 kommt, weil eine höhere Nutzerzahl gegeben ist.

Auch im Bereich der Polizei vernachlässigt Digitalisierungsminister Thomas Strobl die Digitalisierung. So fehlen der Polizei Laptops und Smartphones. Im Juni 2018 verfügten die Polizeipräsidien des Landes gerade einmal über 699 Smartphones und 587 Laptops. Im Streifendienst und bei der Unfallaufnahme wird daher meist erst auf Papier geschrieben und dann im Polizeirevier derselbe Text in den PC eingegeben. Fahndungsfotos werden über Funk beschrieben statt per Smartphone ausgetauscht. Die Auswertung digitaler Spuren dauerte im Jahr 2017 mit einer bis 52 Wochen viel zu lang.

Die Beispiele belegen eindrücklich, wie Digitalisierungsminister Thomas Strobl im Alltagsgeschäft scheitert, sich aber für Leuchtturmprojekte feiern lässt, die meist durch private Vorreiter gelingen - trotz der schlechten Digitalarbeit dieser Landesregierung.

Wir fordern daher:

- Den Einsatz von Algorithmen und künstlicher Intelligenz zur Erledigung von Routineaufgaben der Verwaltung. Das ist eine Arbeitserleichterung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

und würde Verwaltungshandeln effizienter und kostengünstiger gestalten.

- Der Erwerb und die Nutzung digitaler Technik durch die Behörden müssen den höchsten Ansprüchen an die Datensicherheit gerecht werden. Im Zeitalter der Digitalisierung sind Informationen die Ressourcen der Zukunft; sie können für das Zusammenleben ganzer Gesellschaften entscheidend sein, wie die kalten Informationskriege zeigen. Angriffe auf datenverarbeitende Stellen und die Wirtschaft nehmen zu. Es häufen sich Berichte, dass schon in Hardwarebausteinen Spionageschnittstellen eingebaut werden und einzelne Unternehmen vollständig im Dienst ausländischer Staaten stehen. Deutschland und Europa dürfen hier nicht von Asien und Amerika abhängig sein. Anders können wir den Schutz der Menschen, der Wirtschaft, des Gemeinwesens und des Staates nicht sicherstellen.
- Der Stellenwert des Datenschutzes muss auch in den Behörden deutlicher werden. Deshalb dürfen Behörden nicht wie bei der Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes an die Datenschutzgrundverordnung weiter von der Verhängung von Bußgeldern ausgenommen werden. Es kann nicht sein, dass die grün-schwarze Landesregierung Bußgelder ermöglicht, die Unternehmen ruinieren können, den moralischen Zeigefinger erhebt, sich zugleich aber selbstentspannt zurücklehnt, weil den eigenen Behörden nichts passieren kann.
- Die Polizei muss so mit digitaler Technik ausgestattet werden, dass doppelte Arbeit vermieden wird, im Einsatz befindliche Polizisten mittels Smartphone und Laptop Informationen austauschen und auf Daten der Polizei zurückgreifen können.
- In einer globalisierten, auf den technischen Fortschritt ausgerichteten Welt können wir uns auch in der Justiz nicht den Möglichkeiten des Legal Techs, die mit Softwareangeboten und Rechtsmarktplätzen längst in Deutschland präsent sind, verschließen. Die neuen Möglichkeiten können die Arbeit von Anwaltschaft, Justiz und Verwaltung erleichtern. Künstliche Intelligenz darf Richterinnen und Richter aber nicht ersetzen. Aufgabe des Staates ist es, Leitplanken für die Nutzung von Legal Techs zu setzen, die Raum für Entwicklung zulassen. Zugleich braucht es Grenzen, wo es an die Grundfesten der Rechtsordnung geht. Der Staat hat die Justiz zudem mit Produkten des Legal Techs, wie beispielsweise bereits existierender Unterstützungssoftware zur Dokumentenanalyse, auszustatten, sodass sie angesichts der immer komplexer werdenden Verfahren gegenüber der Anwaltschaft nicht ins Hintertreffen gerät.
- Die Landesregierung muss auch mit Blick auf den elektronischen Rechtsverkehr zu einer seriösen Bewertung der tatsächlichen Upload-Geschwindigkeiten kommen. Anders als von ihr vermutet, müssen eben nicht nur kleine Datenmengen übermittelt werden, wie das Bau- und Architektenrecht beispielhaft zeigt. Die Landesregierung darf die Möglichkeit der Vorverlegung des Termins für die Pflicht zur elektronischen Kommunikation auf das Jahr 2020 oder 2021 deshalb auch nicht aus politischen Motiven heraus voreilig entscheiden. So würde man der Arbeitsfähigkeit der Justiz und der an sich richtigen Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs einen Bärendienst erweisen.

III. Bildung

Die grün-schwarze Koalition scheitert bislang bei der Digitalisierung der Schulen auf breiter Front. Obwohl sich die Regierung bereits 2016 auf Multimediaempfehlungen mit den kommunalen Landesverbänden geeinigt hatte, passierte zwei Jahre nichts. Nun blockieren der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann und seines CDU-Stellvertreters Thomas Strobl zudem den von den Bundestagsfraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP vereinbarten Kompromiss in der Frage der Mitfinanzierung des Bundes bei größeren Vorhaben im Bildungsbereich wie der Digitalisierung der Schulen. Gleichzeitig ist die Bildungsplattform „ella“, krachend gescheitert. Indem wir das Thema immer wieder im Bildungsausschuss auf die Tagesordnung brachten, wurden schwerwiegende Versäumnisse der Landesregierung beim Projektmanagement von „ella“ offenbar. Eine Ausschreibung war nicht erfolgt, obwohl mittlerweile feststeht, dass dies möglich gewesen wäre. Stattdessen war eine Struktur von Kettenbeauftragungen an Subunternehmen entstanden. Von den 28,7 Millionen Euro sind mindestens 8,7 Millionen bereits ausgegeben – ob diese Gelder zurückgefordert werden können, ist mehr als ungewiss. Zudem fordert der ursprünglich mit der Umsetzung des Projekts betraute kommunale Dienstleister Iteos die Auszahlung der verbliebenen 20 Millionen Euro an ihn. Wir nennen das organisierte Verantwortungslosigkeit. Nachdem Digitalisierungsminister Thomas Strobl von Anfang an durch Abwesenheit glänzte, wechselte dann auch die Kultusministerin in den Verschleierungsmodus. Zwei Anträge der FDP/DVP Fraktion auf Überprüfung der Vorgänge durch den Rechnungshof lehnte die grün-schwarze Regierungsmehrheit ab. Offensichtlich um der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zuvorzukommen, baten die Kultusministerin und der Innenminister den Rechnungshof dann schließlich doch um eine Überprüfung. Sicher ist, dass wertvolle Zeit bei der Digitalisierung der Schulen verloren ging. In dieser Legislaturperiode werden die Schülerinnen und Schüler und die Lehrerinnen und Lehrer jedenfalls vergeblich auf eine Bildungsplattform warten.

Auch beim Informatikunterricht kommen wir nur schleppend voran. Er wurde zwar eingeführt, allerdings zunächst nur an den Gymnasien in den Klassen 7 und 8. Erst gegen Jahresende 2017 kündigte die Kultusministerin die Ausweitung des Informatikunterrichts auf die übrigen Schularten an.

Um das grün-schwarze Trauerspiel im Bereich der Digitalisierung der Schulen zu beenden, **wollen wir...**

- erreichen, dass in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung der Schulen investiert werden. Für diesen finanziellen Kraftakt brauchen wir einen tragfähigen Digitalpakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die digitale Ausstattung der Schulen muss professionell gewartet werden. Die Kommunen wollen wir zur Anstellung eines „digitalen Hausmeisters“ oder zu einer Einbindung der Schulen in die kommunale IT bewegen.
- nach dem Scheitern der Bildungsplattform „ella“ zügig eine neue digitale Lernplattform auf den Weg bringen, auf der digitale Lehr- und Lernmittel genutzt und Lernprozesse organisiert werden können. Hierbei sollte auf die Expertise anderer Länder und Bundesländer zurück-

gegriffen werden, in denen bereits eine vergleichbare Plattform existiert. Von einer solchen Plattform erhoffen wir uns außerdem eine Lösung für urheberrechtliche Probleme, insbesondere wenn ein Vergütungssystem für Autoren und Verlage hinzukommt. Schließlich würde eine Bildungsplattform durch geschützte Räume zu wesentlichen Verbesserungen bei der Datensicherheit beitragen.

- digitale Kompetenzen vermitteln und digitale Lehrmethoden flächendeckend in den Unterricht bringen. Der selbstverständliche und kritische Umgang mit digitalen Medien muss fächerübergreifend vermittelt werden. Informatikunterricht muss zügig an allen weiterführenden Schularten eingeführt werden. Dafür müssen die Lehrkräfte entsprechend ausgebildet werden. Um drohendem Lehrermangel zu begegnen, wollen wir in diesem wie in anderen Fächern die Möglichkeiten eines Quereinstiegs ins Lehramt einschließlich entsprechender Nachqualifizierung für qualifizierte Kräfte ohne Lehramtsstudium verbessern.

IV. Wirtschaft

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen für Wohlstand, Beschäftigung und Lebensqualität. Das erreicht man aber nicht mit einem einfachen „Weiter so“. Wir haben der Landesregierung viele Möglichkeiten aufgezeigt, die hiesigen Unternehmen bei der digitalen Transformation zu unterstützen. Im Einzelhandel wollten wir die digitale Einkaufsstadt fördern, bei der Umsetzung der DSGVO besonders kleine Unternehmen schützen und mit Innovationsgutscheinen auch die digitale Gründerszene stärken. In einer Studie des Fraunhofer Instituts im Auftrag der IHK vom letzten Jahr lesen wir, dass der hiesige Mittelstand in der Region Stuttgart als Anbieter digitaler Geschäftsmodelle im Vergleich zu anderen deutschen Metropolregionen die Spitzenposition innehat. Diese Studie weist aber auch darauf hin, dass etwa zwei Drittel der untersuchten KMUs sehr stark von ihrem Hauptgeschäftsmodell abhängig sind und gerade beim digitalen Wandel eher abwartend und beobachtend agieren, als aktiv und gestalterisch. Wir fordern den Ministerpräsidenten deshalb auf, seinen Impressionen von der jüngsten USA-Reise Taten folgen zu lassen. Mit seiner Aussage über dortige IT-Firmen, „die ziehen an uns vorbei, wir müssen einfach schneller werden“, ist seine Aufgabe recht klar umrissen. Er will aber auch nicht immer «diese fürchterlichen Debatten» führen über neue Technologien, die in Deutschland viel zu negativ und angsterfüllt seien und bei denen die ganze Nation in Panik gerate. Wie die baden-württembergische Technologieführerschaft mit grüner Technologiefurcht zusammen gehen soll, bleibt fraglich. Wir haben die Potentiale der Digitalisierung für die Wirtschaft im Gewand der Arbeit 4.0 bereits in einem gesonderten Papier („Arbeiten 4.0 – Chancen und Herausforderungen einer digitalen Arbeitswelt“) beleuchtet. Unsere Schwerpunkte:

- Mehr Selbstbestimmung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch die Nutzung neuer digitaler Arbeitsmodelle, Arbeitszeitflexibilisierungen und Synergien, etwa von Co-Working-Spaces.
- Die Schaffung einer Anlaufstelle für Unternehmen bei Nachfragen im Zusammenhang mit der Digitalisierung, die den internationalen Markt näher zusammenbringt.

- Eine umfassende Unterstützung gerade von KMU bei der Umsetzung der Vorgaben der DSGVO. Die Gleichbehandlung datenarmer Handwerksbetriebe mit global agierenden Internetkonzernen geht fehl.
- Ein Frühwarnsystem für KMU muss spätestens nach den Erfahrungen mit der Umsetzung der DSGVO und den damit verbundenen Herausforderungen für die hiesigen Unternehmen wieder in Gang gesetzt werden.
- Abmahnungen muss das Handwerk gelegt werden, gerade wenn Unternehmen existenzbedrohende Strafen drohen und der eigentliche Zweck des Datenschutzes verfehlt wird.
- Eine enge Begleitung des stationären Handels beim Strukturwandel im Wettbewerb mit dem Onlinehandel.
- Einen entschlossenen Bürokratieabbau durch Digitalisierung der formalisierten Behördenkontakte und die Etablierung einer neuen Gründerkultur durch ein bürokratiefreies erstes Unternehmensjahr. Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, wie das geht.
- Die Behebung von Ungleichgewichten bei der Erschließung mit gigabitfähiger Infrastruktur gerade zugunsten von Unternehmen im ländlichen Raum.

V. Verkehr/Mobilität

Der Schwerpunkt der grün-schwarzen Verkehrspolitik liegt bisher leider bei der Ausgestaltung von Fahrverboten und der Verklärung des Radverkehrs. Bis heute wurde jedoch die Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag: „Die Region Stuttgart wollen wir gemeinsam mit dem Verband Region Stuttgart als Modell für eine funktionsfähige und nachhaltige Mobilitätsregion weiterentwickeln.“ nicht effektiv umgesetzt. Zudem sollte ein Netzwerk eingerichtet werden, es ging um Innovationen und deren Übertragung auf alle Verkehrsbereiche. Soweit zur Theorie des Koalitionsvertrags. Wir als FDP/DVP-Landtagsfraktion wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Übertragung der Schlagworte eines modernen Verkehrs, nämlich vernetzt, automatisch und verkehrsträgerübergreifend in der Realität nutzen. Damit wäre eine Verflüssigung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit, also weniger Stau, zu erreichen.

Daher fordern wir:

- Stuttgart ist als Leuchtturm „Smart Mobility Stuttgart – SMS“ zu entwickeln. Die Digitalisierung der Verkehrssteuerung und die Vernetzung sind hier zentrale Handlungsfelder. Dies erfordert Innovationsinvestitionen in die Infrastruktur. Dabei geht es um die Kommunikation der Fahrzeuge untereinander sowie mit Verkehrssteuerungsanlagen wie intelligente Ampeln und die Verkehrsleitzentrale (Schlagwort: Car-to-X Kommunikation, dynamische Routen- und Reisekettengestaltung). In unserem Konzept „Mobilitätsoffensive Baden-Württemberg 23“ haben wir bereits im Jahr 2013 gefordert, Baden-Württemberg zum Innovationsführer für zukunftsfähige Mobilität zu machen. Dies umfasst ebenso vernetzte wie auch automati-

siert fahrende Fahrzeuge und das Anbieten innovativer Nutzungsformen. Es ist höchste Zeit zu handeln!

- Die Logistik ist in den Fokus der Digitalisierung zu nehmen. Oberbegriffe sind hierbei „vernetzt“, „automatisch“ und „verkehrsträgerübergreifend“. Hierdurch können ganz neue Lieferketten unter Nutzung von Synergieeffekten und Ressourceneffizienz geschaffen werden. Dies setzt schnelles Internet und einen leistungsfähigen Mobilfunk im ganzen Land voraus, denn ohne 5G-Mobilfunk kein autonomes Fahren.
- Die Digitalisierung im Schienenpersonennahverkehr ist gemeinsam mit den Partnern mit Nachdruck voranzutreiben. Die „Strategie Schiene Digital“ setzt hier wichtige Impulse. Über Modellprojekte können die Potentiale des automatisierten Fahrens im Schienenverkehr erprobt werden. Die Modernisierung der Logistikschnittstellen (Kombinierter Verkehr) und der Bahninfrastruktur für die Herausforderungen der Digitalisierung ist endlich anzugehen. Die Einführung des Digitalen Europäischen Zugsicherungssystems ETCS erfordert nicht nur Investitionen des Bundes. Das Land ist als Aufgabenträger des regionalen Schienenverkehrs in der Pflicht, die nötigen Investitionen in die Fahrzeuge für die Digitalisierung zu leisten. Nur so kann die Leistungsfähigkeit und Pünktlichkeit des Bahnverkehrs erhöht werden.
- Die flächendeckende Digitalisierung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist ein weiterer wichtiger Baustein, um App-basierte intermodale Reiseketten mit Echtzeitinformationen und damit aktueller Wahl des individuell attraktivsten Mobilitätsmixes. Daneben fordern wir innovative Rufbussysteme und ein Modellprojekt zur Implementierung automatisiert fahrender Fahrzeuge.